

Aufgrund der Dringlichkeit;

In der Erwägung, dass:

- in vorliegendem Erlass zur Bestimmung der Vorteile jeglicher Art für die Nutzung zu persönlichen Zwecken eines kostenlos zur Verfügung gestellten Fahrzeugs die CO₂-Bezugsemission für 2018 festgelegt wird,
- der Betrag der Vorteile für die Festlegung des darauf geschuldeten Berufssteuervorabzugs bestimmend ist,
- die vorerwähnte CO₂-Bezugsemission den Steuerpflichtigen schnellstmöglich zur Kenntnis gebracht werden muss,

- vorliegender Erlass für die Rechtssicherheit des Steuerpflichtigen schnellstmöglich veröffentlicht werden muss,

- dieser Erlass daher in aller Dringlichkeit ergehen muss;

Auf Vorschlag des Ministers der Finanzen

Haben Wir beschlossen und erlassen Wir:

Artikel 1 - In der Tabelle des Artikels 18 § 3 Punkt 9 des KE/EstGB 92, eingefügt durch den Königlichen Erlass vom 3. April 2013 und abgeändert durch die Königlichen Erlasse vom 24. Januar 2014, 16. Dezember 2014, 9. Dezember 2015 und 24. November 2016, wird die Spalte "Kalenderjahr" durch "2018", die Spalte "Fahrzeuge mit Benzin-, LPG- oder Erdgasmotor" durch "105 g/km" und die Spalte "Fahrzeuge mit Dieselmotor" durch "86 g/km" ergänzt.

Art. 2 - Vorliegender Erlass ist auf die ab dem 1. Januar 2018 zuerkannten Vorteile jeglicher Art anwendbar.

Art. 3 - Der für Finanzen zuständige Minister ist mit der Ausführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Gegeben zu Brüssel, den 13. Dezember 2017

PHILIPPE

Von Königs wegen:

Der Minister der Finanzen

J. VAN OVERTVELDT

FEDERALE OVERHEIDSDIENST FINANCIEN

[C - 2018/12415]

25 DECEMBER 2017. — Koninklijk besluit tot wijziging van de artikelen 63⁶ en 63⁷ van het KB/WIB 92. — Duitse vertaling

De hierna volgende tekst is de Duitse vertaling van het koninklijk besluit van 25 december 2017 tot wijziging van de artikelen 63⁶ en 63⁷ van het KB/WIB 92 (*Belgisch Staatsblad* van 29 december 2017).

Deze vertaling is opgemaakt door de Centrale dienst voor Duitse vertaling in Malmedy.

SERVICE PUBLIC FEDERAL FINANCES

[C - 2018/12415]

25 DECEMBRE 2017. — Arrêté royal portant modification des articles 63⁶ et 63⁷ de l'AR/CIR 92. — Traduction allemande

Le texte qui suit constitue la traduction en langue allemande de l'arrêté royal du 25 décembre 2017 portant modification des articles 63⁶ et 63⁷ de l'AR/CIR 92 (*Moniteur belge* du 29 décembre 2017).

Cette traduction a été établie par le Service central de traduction allemande à Malmedy.

FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST FINANZEN

[C - 2018/12415]

25. DEZEMBER 2017 — Königlicher Erlass zur Abänderung der Artikel 63⁶ und 63⁷ des KE/EstGB 92 — Deutsche Übersetzung

Der folgende Text ist die deutsche Übersetzung des Königlichen Erlasses vom 25. Dezember 2017 zur Abänderung der Artikel 63⁶ und 63⁷ des KE/EstGB 92.

Diese Übersetzung ist von der Zentralen Dienststelle für Deutsche Übersetzungen in Malmedy erstellt worden.

FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST FINANZEN

25. DEZEMBER 2017 — Königlicher Erlass zur Abänderung der Artikel 63⁶ und 63⁷ des KE/EstGB 92

BERICHT AN DEN KÖNIG

Sire,

der Erlass, den wir die Ehre haben, Eurer Majestät zur Unterschrift vorzulegen, zielt darauf ab, Verweise auf bestimmte kürzlich abgeänderte Finanzrechtsvorschriften anzupassen.

Im Rahmen der Vorschriften über Pensionssparfonds werden mit vorliegendem Königlichen Erlass Verweise auf das Gesetz vom 3. August 2012 über Organismen für gemeinsame Anlagen, die die Bedingungen der Richtlinie 2009/65/EG erfüllen, und Organismen für Anlagen in Forderungen hinzugefügt.

Seit Februar 2017 kann ein belgischer Pensionssparfonds nämlich die Form eines alternativen Organismus für gemeinsame Anlagen (AOGA), der unter die AIFM-Richtlinie fällt (Richtlinie 2011/61/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2011 über die Verwalter alternativer Investmentfonds und zur Änderung der Richtlinien 2003/41/EG und 2009/65/EG und der Verordnungen (EG) Nr. 1060/2009 und (EU) Nr. 1095/2010, durch das Gesetz vom 19. April 2014 über alternative Organismen für gemeinsame Anlagen und ihre Verwalter in belgisches Recht umgesetzt), oder die Form eines Organismus für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren (OGAW) annehmen, der unter die OGAW-Richtlinie fällt (Richtlinie 2009/65/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juli 2009 zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften betreffend bestimmte Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren (OGAW)).

Artikel 63⁶ des KE/EstGB 92 (der die Bedingungen für die Anerkennung als Pensionssparfonds bestimmt) ist kürzlich durch den Königlichen Erlass vom 22. Mai 2017 abgeändert worden. In dem angepassten Artikel ist unter anderem bestimmt, dass ein Pensionssparfonds im Verzeichnis der alternativen Organismen für gemeinsame Anlagen

der Autorität Finanzielle Dienste und Märkte eingetragen sein muss, um als Pensionssparfonds anerkannt werden zu können. Aus steuerrechtlichen Gründen kann ein bestehender Pensionssparfonds daher nicht von einem AOGA in einen OGAW umgewandelt werden und ein neuer Pensionssparfonds nicht in der Form eines OGAW gegründet werden, obwohl dies auf der Grundlage der Vorschriften über Fonds sehr wohl möglich ist.

Ziel ist es also, in vorerwähntem Artikel nicht nur auf das vorerwähnte Gesetz vom 19. April für AOGA zu verweisen, sondern auch auf das vorerwähnte Gesetz vom 3. August 2012 für OGAW, die die Bedingungen der Richtlinie 2009/65/EG erfüllen, sodass sie auch als Pensionssparfonds anerkannt werden können.

Es war nämlich nie beabsichtigt, OGAW von einer eventuellen Zulassung als Pensionssparfonds auszuschließen. Die in Artikel 63⁷ des KE/EstGB 92 enthaltenen Verweise werden auch ergänzt.

Artikel 1 Nr. 3 [*sic, zu lesen ist: Artikel 1 Buchstabe c*] berichtigt einen falschen Wortgebrauch in der niederländischen Fassung des Textes von Artikel 63⁶ des KE/EstGB 92.

Infolge der Bemerkung des Staatsrates wird das Inkrafttreten angepasst. Vorliegender Königlicher Erlass tritt am 1. Januar 2018 in Kraft.

Soweit, Sire, die Tragweite des Ihnen vorgelegten Erlasses.

Ich habe die Ehre,

Sire,
der ehrerbietige und getreue Diener
Eurer Majestät
zu sein.

Der Minister der Finanzen
J. VAN OVERTVELDT

25. DEZEMBER 2017 — Königlicher Erlass zur Abänderung der Artikel 63⁶ und 63⁷ des KE/EstGB 92

PHILIPPE, König der Belgier,

Allen Gegenwärtigen und Zukünftigen, Unser Gruß!

Aufgrund des Einkommensteuergesetzbuches 1992, des Artikels 145¹⁶ Nr. 1, eingefügt durch das Gesetz vom 28. Dezember 1992 und abgeändert durch die Gesetze vom 6. Juli 1994 und 18. Dezember 2015;

Aufgrund des KE/EstGB 92;

Aufgrund der Stellungnahme des Finanzinspektors vom 14. November 2017;

Aufgrund des Einverständnisses Unseres Ministers des Haushalts vom 24. November 2017;

Aufgrund des Gutachtens Nr. 62.561/3 des Staatsrates vom 21. Dezember 2017, abgegeben in Anwendung von Artikel 84 § 1 Absatz 1 Nr. 2 der am 12. Januar 1973 koordinierten Gesetze über den Staatsrat;

Auf Vorschlag des Ministers der Finanzen

Haben Wir beschlossen und erlassen Wir:

Artikel 1 - Artikel 63⁶ § 1 des KE/EstGB 92, eingefügt durch den Königlichen Erlass vom 1. September 1995 und abgeändert durch die Königlichen Erlasse vom 1. September 2006, 3. März 2011 und 22. Mai 2017, wird wie folgt abgeändert:

a) In Nr. 1 werden zwischen den Wörtern "Bescheinigung, wonach dieser Fonds gemäß" und den Wörtern "den Artikeln 197 bis 200 des Gesetzes vom 19. April 2014" die Wörter "den Artikeln 30 bis 33 des Gesetzes vom 3. August 2012 über Organismen für gemeinsame Anlagen, die die Bedingungen der Richtlinie 2009/65/EG erfüllen, und Organismen für Anlagen in Forderungen oder" eingefügt.

b) In Nr. 6 werden die Wörter "gemäß Teil I und Teil III des vorerwähnten Gesetzes vom 19. April 2014 und seiner Ausführungserlasse" durch die Wörter "gemäß Teil II des vorerwähnten Gesetzes vom 3. August 2012 und seinen Ausführungserlassen, wenn der Fonds in dem in Artikel 33 desselben Gesetzes erwähnten Verzeichnis eingetragen ist, oder gemäß Teil II und Teil III des vorerwähnten Gesetzes vom 19. April 2014 und seinen Ausführungserlassen, wenn der Fonds in dem in Artikel 200 desselben Gesetzes erwähnten Verzeichnis eingetragen ist," ersetzt.

c) [Abänderung des niederländischen Textes]

d) In Nr. 8 erster Gedankenstrich werden zwischen den Wörtern "allen seinen Verpflichtungen" und den Wörtern "gemäß Teil II Buch I Titel I Kapitel 3 Abschnitt 2 Unterabschnitt 1 Buchstabe C des vorerwähnten Gesetzes vom 19. April 2014 nachzukommen" die Wörter "gemäß Teil II Buch II Titel 2 Kapitel 2 Abschnitt 2 Unterabschnitt 4 des vorerwähnten Gesetzes vom 3. August 2012 und" eingefügt.

Art. 2 - Artikel 63⁷ desselben Erlasses, ersetzt durch den Königlichen Erlass vom 1. September 2006 und abgeändert durch den Königlichen Erlass vom 22. Mai 2017, wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 werden zwischen den Wörtern "und die von den" und den Wörtern "in Artikel 25 des Gesetzes vom 19. April 2014 über alternative Organismen für gemeinsame Anlagen und ihre Verwalter erwähnten Leitern" die Wörter "in Artikel 199 § 2 des Gesetzes vom 3. August 2012 über Organismen für gemeinsame Anlagen, die die Bedingungen der Richtlinie 2009/65/EG erfüllen, und Organismen für Anlagen in Forderungen oder" eingefügt.

2. Paragraph 3 Absatz 1 wird wie folgt ersetzt:

"Die Verfahren zur Bewertung des Fondsvermögens müssen:

1. die Bedingungen einhalten, die:

a) in Teil II Buch II Titel 2 Kapitel 3 Abschnitt 5 des Gesetzes vom 3. August 2012 über Organismen für gemeinsame Anlagen, die die Bedingungen der Richtlinie 2009/65/EG erfüllen, und Organismen für Anlagen in Forderungen und in Teil II Kapitel 2 Abschnitt 4 und 5 des Königlichen Erlasses vom 12. November 2012 über Organismen für gemeinsame Anlagen, die die Bedingungen der Richtlinie 2009/65/EG erfüllen, vorgesehen sind, wenn der Fonds in dem in Artikel 33 des vorerwähnten Gesetzes vom 3. August 2012 erwähnten Verzeichnis eingetragen ist,

b) in Teil II Buch I Titel I Kapitel 3 Abschnitt 2 Unterabschnitt 1 Punkt B des Gesetzes vom 19. April 2014 über alternative Organismen für gemeinsame Anlagen und ihre Verwalter und in Teil II Kapitel 2 Abschnitt 4 und 5 des Königlichen Erlasses vom 25. Februar 2017 über bestimmte öffentliche alternative Organismen für gemeinsame Anlagen und ihre Verwaltungsgesellschaften und zur Festlegung verschiedener Bestimmungen vorgesehen sind, wenn der Fonds in dem in Artikel 200 des vorerwähnten Gesetzes vom 19. April 2014 erwähnten Verzeichnis eingetragen ist,

2. den Regeln entsprechen, die im Königlichen Erlass vom 10. November 2006 über die Buchhaltung, den Jahresabschluss und die periodischen Berichte von bestimmten öffentlichen Organismen für gemeinsame Anlagen mit variabler Anzahl Anteile festgelegt sind.”

Art. 3 - Vorliegender Erlass tritt am 1. Januar 2018 in Kraft.

Art. 4 - Der für Finanzen zuständige Minister ist mit der Ausführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Gegeben zu Brüssel, den 25. Dezember 2017

PHILIPPE

Von Königs wegen:

Der Minister der Finanzen

J. VAN OVERTVELD

FEDERALE OVERHEIDSDIENST ECONOMIE,
K.M.O., MIDDENSTAND EN ENERGIE

[C - 2018/12488]

29 MEI 2018. — Ministerieel besluit betreffende het toestaan van een uitzondering voor eCall op het principe vervat in artikel 8 van het koninklijk besluit van 27 april 2007 betreffende het beheer van de nationale nummeringsruimte en de toekenning en intrekking van gebruiksrechten voor nummers

Raad van State
afdeling Wetgeving

Advies 63.337/4 van 16 mei 2018 over een ontwerp van ministerieel besluit 'betreffende het toestaan van een uitzondering voor eCall op het principe vervat in artikel 8 van het koninklijk besluit van 27 april 2007 betreffende het beheer van de nationale nummeringsruimte en de toekenning en intrekking van gebruiksrechten voor nummers'

Op 16 april 2018 is de Raad van State, afdeling Wetgeving, door de Vice-Eersteminister en Minister van Ontwikkelingssamenwerking, Digitale Agenda, Telecommunicatie en Post verzocht binnen een termijn van dertig dagen een advies te verstrekken over een ontwerp van ministerieel besluit 'betreffende het toestaan van een uitzondering voor eCall op het principe vervat in artikel 8 van het koninklijk besluit van 27 april 2007 betreffende het beheer van de nationale nummeringsruimte en de toekenning en intrekking van gebruiksrechten voor nummers'.

Het ontwerp is door de vierde kamer onderzocht op 16 mei 2018. De kamer was samengesteld uit Martine BAGUET, kamervoorzitter, Bernard BLERO en Wanda VOGEL, staatsraden, Christian BEHRENDT, assessor, en Anne Catherine VAN GEERSDAELE, griffier.

Het verslag is uitgebracht door Anne Vagman, eerste auditeur.

De overeenstemming tussen de Franse en de Nederlandse tekst van het advies is nagezien onder toezicht van Martine Baguet.

Het advies, waarvan de tekst hierna volgt, is gegeven op 16 mei 2018.

Aangezien de adviesaanvraag ingediend is op basis van artikel 84, § 1, eerste lid, 2°, van de wetten 'op de Raad van State', gecoördineerd op 12 januari 1973, beperkt de afdeling Wetgeving, overeenkomstig artikel 84, § 3, van de voornoemde gecoördineerde wetten haar onderzoek tot de rechtsgrond van het ontwerp, de bevoegdheid van de steller van de handeling en de te vervullen voorafgaande vormvereisten.

Wat die drie punten betreft behoeft over het ontwerp geen enkele opmerking te worden gemaakt.

DE GRIFFIER,
Anne-Catherine VAN GEERSDAELE

DE VOORZITTER,
Martine BAGUET

29 MEI 2018. — Ministerieel besluit betreffende het toestaan van een uitzondering voor eCall op het principe vervat in artikel 8 van het koninklijk besluit van 27 april 2007 betreffende het beheer van de nationale nummeringsruimte en de toekenning en intrekking van gebruiksrechten voor nummers

De Minister van Telecommunicatie,

Gelet op de wet van 13 juni 2005 betreffende de elektronische communicatie, artikel 11;

SERVICE PUBLIC FEDERAL ECONOMIE,
P.M.E., CLASSES MOYENNES ET ENERGIE

[C - 2018/12488]

29 MAI 2018. — Arrêté ministériel autorisant une exception pour eCall au principe contenu à l'article 8 de l'arrêté royal du 27 avril 2007 relatif à la gestion de l'espace de numérotation national et à l'attribution et au retrait des droits d'utilisation de numéros

Conseil d'État
section de législation

Avis 63.337/4 du 16 mai 2018 sur un projet d'arrêté ministériel 'autorisant une exception pour eCall au principe contenu à l'article 8 de l'arrêté royal du 27 avril 2007 relatif à la gestion de l'espace de numérotation national et à l'attribution et au retrait des droits d'utilisation de numéros'

Le 16 avril 2018, le Conseil d'État, section de législation, a été invité par le Vice Premier Ministre et Ministre de la Coopération au développement, de l'Agenda numérique, des Télécommunications et de la Poste à communiquer un avis, dans un délai de trente jours, sur un projet d'arrêté ministériel 'autorisant une exception pour eCall au principe contenu à l'article 8 de l'arrêté royal du 27 avril 2007 relatif à la gestion de l'espace de numérotation national et à l'attribution et au retrait des droits d'utilisation de numéros'.

Le projet a été examiné par la quatrième chambre le 16 mai 2018. La chambre était composée de Martine BAGUET, président de chambre, Bernard BLERO et Wanda VOGEL, conseillers d'État, Christian BEHRENDT, assesseur, et Anne Catherine VAN GEERSDAELE, greffier.

Le rapport a été présenté par Anne Vagman, premier auditeur.

La concordance entre la version française et la version néerlandaise a été vérifiée sous le contrôle de Martine Baguet.

L'avis, dont le texte suit, a été donné le 16 mai 2018.

Comme la demande d'avis est introduite sur la base de l'article 84, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 2°, des lois 'sur le Conseil d'État', coordonnées le 12 janvier 1973, la section de législation limite son examen au fondement juridique du projet, à la compétence de l'auteur de l'acte ainsi qu'à l'accomplissement des formalités préalables, conformément à l'article 84, § 3, des lois coordonnées précitées.

Sur ces trois points, le projet n'appelle aucune observation.

LE GREFFIER,
Anne-Catherine VAN GEERSDAELE

LE PRESIDENT,
Martine BAGUET

29 MAI 2018. — Arrêté ministériel autorisant une exception pour eCall au principe contenu à l'article 8 de l'arrêté royal du 27 avril 2007 relatif à la gestion de l'espace de numérotation national et à l'attribution et au retrait des droits d'utilisation de numéros

Le Ministre des Télécommunications,

Vu la loi du 13 juin 2005 relative aux communications électroniques, article 11 ;